

Ostermarsch-Aufruf 2016



- **Fluchtursachen erkennen**
- **Verantwortliche benennen**
- **Kriegsursachen beseitigen!**
- **Rüstungsexporte stoppen**
- **Atomwaffen ächten**
- **zivile Lösungen schaffen!**

Auch in der Friedensstadt Osnabrück suchen viele Menschen Zuflucht, weil ihre Heimatländer durch Kriege und Terror unbewohnbar geworden sind. Die Regierungen in Deutschland und anderen EU-Staaten wollen die zu uns flüchtenden Menschen jedoch nicht aufnehmen, sondern sie sollen durch schärferen Gesetzen und Zäune an der EU-Außengrenze abgeschreckt werden.

Von vielen Politikern, von Zeitungen und Fernsehnachrichten wird eine fremdenfeindliche Stimmung geschürt. Es werden Menschen negative Eigenschaften zugeschrieben, es werden pauschale Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern formuliert, wie in Zeiten, die wir schon längst überwunden glaubten.

Generell soll eine Atmosphäre und Zustimmung für feindselige Abschottung geschaffen werden, wie z.B. durch einen Nato-Militäreinsatz in der Ägäis, der sich angeblich nur gegen Schlepper richtet. Es wird von einer „Flüchtlingskrise“ gesprochen, als wären die Flüchtlinge Schuld an den Verhältnissen, vor denen sie fliehen. Die wahren Fluchtursachen sind jedoch die fortgesetzten Kriege in Somalia, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und die Diktaturen wie z.B. in Eritrea, sowie die Zerstörung der Lebensgrundlage der Menschen in ihren Herkunftsländern.

Für die Fluchtursachen ist besonders Deutschland mit verantwortlich.

Deutschland liefert weiter Waffen und hochwertige Rüstungsgüter an Oman, Katar und Saudi-Arabien und natürlich an den "NATO-Partner" Türkei. Saudi-Arabien und die Türkei unterstützen den "Islamischen Staat", der inzwischen große Teile Syriens und des Irak erobert hat. Jede Waffe, die aus Deutschland geliefert wird, heizt kriegerische Auseinandersetzungen in der Region weiter an. Die Folgen betreffen auch Europa direkt.

Wir fordern daher als Sofortmaßnahmen die Zurücknahme aller Genehmigungen für Rüstungsexporte in den Nahen und Mittleren Osten und von der EU ein striktes allgemeines Waffenembargo!

Wesentliche Fluchtursachen sind auch die erbärmlichen, ausbeuterischen Arbeits- und Lebensbedingungen in den Herkunftsländern. Die nationalen Volkswirtschaften wurden von den Industrienationen weitgehend zerstört. Vielen Bauern z.B. in Afrika wurde von internationalen Agrarfonds in Zusammenarbeit mit lokalen korrupten Eliten das Land geraubt (Landgrabbing). Die Meere wurden durch industrielle Fischerei der Industrienationen leergefischt.

Das sind Bedingungen für Bürgerkriege und Terror. Die Europäische Union, in der Deutschland die führende Rolle spielt, hat durch ihre "Assoziierungsabkommen" mit diesen Ländern und durch Exportsubventionen den wirtschaftlichen Niedergang dieser Länder mit herbeigeführt.

Von der EU fordern wir Wirtschaftsabkommen, die die wirtschaftliche Souveränität der Partnerländer sicherstellen!

Deutschland setzt die Bundeswehr - völkerrechtswidrig - jetzt auch in Syrien ein, ein Einsatz in Libyen wird vorbereitet. Damit gießt die Bundesregierung Öl ins Feuer. Wie bereits Afghanistan bewiesen hat, bremst das terroristische Aktivitäten nicht, sondern vergrößert nur das Blutvergießen. Terror lässt sich nicht durch Krieg beenden.

Wir fordern von der Bundesregierung Verhandlungen und zivile Konfliktlösungsmaßnahmen sowie die Beendigung aller Bundeswehreinätze im Ausland!

In den Herkunftsländern der Flüchtlinge werden hunderttausendfach Lebensbedingungen und Leben vernichtet. Die jetzigen Zerstörungen würden durch den Einsatz von Atomwaffen über alle Vorstellungen hinaus übertroffen.

Jetzt, wo die Welt sprichwörtlich an allen Ecken und Enden brennt, wollen die USA unter dem Vorwand der Modernisierung in Europa neue Atomwaffen stationieren. Seit 2010 fordert ein Bundestagsbeschluss, sämtliche US-Atomwaffen aus Deutschland abzuführen. Dennoch verhält sich die Bundesregierung bis heute verantwortungslos und gibt ihre nukleare Teilhabe nicht auf – obwohl der Einsatz von Atomwaffen das Ende dieser Welt bedeuten kann.

Wir fordern von der Bundesregierung - gemäß dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom März 2010 - den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland zu veranlassen.

Die Bundesregierung muss unverzüglich den Verzicht Deutschlands an der „nuklearen Teilhabe“ im Rahmen ihrer NATO-Mitgliedschaft erklären. Die Weiterverbreitung von Nuklearwaffentechnik muß verhindert und die Urananreicherungsanlage in Gronau sofort stillgelegt werden.

**Als Osnabrücker Friedensinitiative erklären wir:
Krieg beginnt bei uns.**

Wir fordern den Umbau der Rüstungsproduktion in eine zivile Wirtschaft. Deutschland, das in seiner Geschichte viel zu oft und viel zu lange Kriegsmacht war, muss zu einer Friedensmacht werden – ohne Rüstungsprodukte, ohne Bundeswehr, aber mit dem Willen, aus dem menschenverachtenden Kreislauf von Herrschaft, Rassismus und Krieg ausbrechen.

Nächstes Treffen der Osnabrücker Friedensinitiative:

Mittwoch, den 13. April 2016 um 17:00 Uhr
Gaststätte Grüner Jäger, An der Katharinenkirche 1, 49074 Osnabrück